

Die selbstverschuldete Gasmangellage von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 14. Juli 2026

Vorab, wie immer, zur Temperaturentwicklung.

Die globale Temperatur liegt nun um 0,46 Grad Celsius höher als das langjährige Mittel.

Die US-amerikanische Ozeanbehörde NOAA hat bereits für den Pazifik El Nino – Konditionen festgestellt, der bis zum Frühjahr nächsten Jahres andauern wird. El Niño – Perioden sind in der Regel mit einem globalen Temperatureauschlag von 0,2 Grad Celsius verbunden. Der durchschnittliche Temperaturanstieg seit 1979 betrug 0,16 Grad Celsius pro Jahrzehnt.

Heute befassen wir uns mit der immer schwieriger werdenden Gasversorgung Deutschlands.

Die Befüllung der deutschen Gasspeicher bis zur Heizsaison wird schwierig

Der Füllstand der deutschen Gasspeicher beträgt zurzeit lediglich 44 %. Dies liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, denn die Füllstände lagen früher bei 60 % zu diesem Zeitpunkt. Die Befüllung im Jahr 2026 startete zu einem von einem sehr niedrigen Niveau von rund 20 %. Zum anderen zögern die Gasspeicherbetreiber, Gas einzukaufen, da die Gaspreise seit der Hormuz-Krise hoch sind. Das Geschäftsmodell der Betreiber bestand darin, preiswertes Gas im Sommer einzukaufen und zu einem in der Regel höheren Preis im Winter zu verkaufen. Jetzt droht sogar das Gegenteil. Sollte es zu einer Entspannung am Persischen Golf kommen, werden die Gaspreise im Winter niedriger als im Sommer liegen, so dass den Betreibern Verluste drohen.

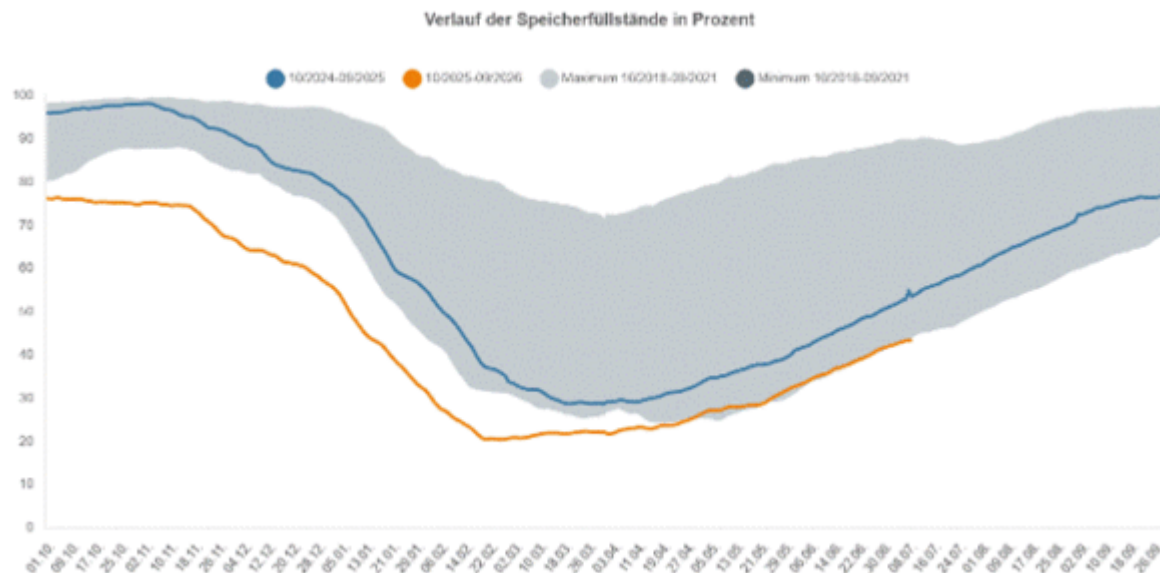
Der Verband der Speicherbetreiber INES gab daher im Juli bekannt, dass bis zur Heizsaison technisch nur noch ein Niveau von 76 % erreicht werden kann. Die Betreiber stellen fest:

„Die derzeitigen Preisentwicklungen setzen kaum Anreize zur Einspeicherung von Gas und gefährden damit die Versorgungssicherheit für den kommenden Winter.“

Bei einem kalten Winter prognostiziert der Verband schon heute eine Gasmangellage von bis zu 2 Terawattstunden pro Tag im Februar/März 2027. Es fehlten dann bis zu 40 % des in Deutschland täglich benötigten Erdgases. In diesem Fall droht die Abschaltung des Gases für die Industrie, die etwa 2 Terawattstunden Gas pro Tag verbraucht. Der INES-

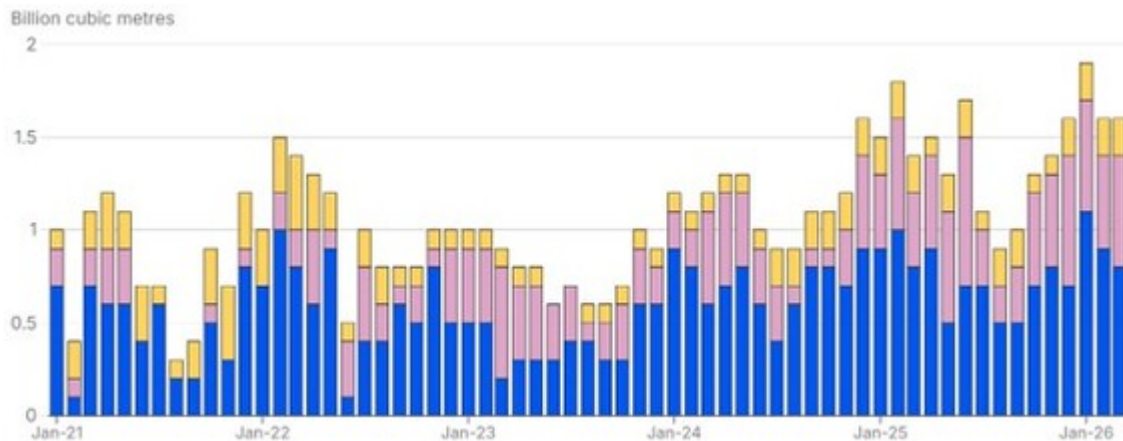
Geschäftsführer Heinermann sieht bei einem außergewöhnlich kalten Winter die Risiken erheblich steigen: „Deshalb müssen bereits heute die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Speicher stärker zu befüllen,“. Die tägliche Einspeisung in die Speicher beläuft sich zurzeit auf 0,2 %. Bei diesem Tempo würden bis zum 1. November (noch 120 Tage) noch nicht einmal 70 % Befüllung erreicht.

Die Grafik der Bundesnetzagentur zeigt, wie angespannt die Situation ist. Doch die Bundesnetzagentur erklärt, die Versorgungssicherheit ist gewährleistet.



Über die vielgepriesenen deutschen LNG-Terminals bezieht Deutschland lediglich 10-13 % des Erdgases. Aber etwa 40 % des Erdgases kommt aus den Niederlanden und Belgien, das dort als LNG angelandet wird und durch Pipelines nach Deutschland transportiert wird. Es wird kaum diskutiert, dass Belgien über Zeebrügge 40 % seines LNG-Imports aus Russland bezieht, ebenso die Niederlande mit 13 % seines Importes. Insofern beziehen wir indirekt immer noch erhebliche Mengen russischen Gases. Frankreich importiert ein Drittel seines LNG-Imports aus Russland (siehe folgende Grafik: Niederlande gelb, Belgien lila, Frankreich blau, Quelle: IEEAE-LNG-Tracker). Dieser Import soll nach den Plänen der EU ab 1. Januar 2027 beendet werden. Das wird sich dann tendenziell in höheren Preisen niederschlagen.

Import von russischem Gas in die Niederlande (gelb), Belgien (lila), Frankreich (blau) in Milliarden Kubikmeter pro Monat



Ministerin Reiche plant eine Gas-Notfallreserve ab 1. Januar 2027 – aber Fracking bleibt verboten

Das Bundeswirtschaftsministerium plant eine strategische Erdgasreserve, um auf Gasversorgungskrisen besser vorbereitet zu sein. Die Gasreserve soll 24 Terawattstunden umfassen, etwa 10 % der deutschen Gasspeicherkapazität. Die Kosten für den Gaseinkauf und die Einspeicherung sollen etwa 1,5 Milliarden € betragen, die über einen Aufschlag auf die Gaspreise für den Verbraucher finanziert werden sollen. Das entsprechende Gesetz soll zum 1. Januar 2027 in Kraft treten.

Die Maßnahme ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings darf man nicht vergessen, dass die Energiepolitik der letzten vier Bundesregierungen die Krisenanfälligkeit der Gasversorgung massiv erhöht hat. Denn aufgrund des Ausstiegs aus der Kernenergie und des notwendigen Backups für Wind- und Solarenergie werden in den nächsten Jahren zahlreiche Gaskraftwerke zu bauen sein. Die Bundesnetzagentur hat erklärt, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland nur gewährleistet werden kann, „wenn bis 2035 zusätzliche steuerbare Kapazitäten von 22 400 MW bis 35 500 MW errichtet werden“. 35 500 MW Gaskraftwerke verbrauchen etwa 15 Milliarden Kubikmeter zusätzliches Gas (Jahresverbrauch Deutschland 2025: 85 Milliarden Kubikmeter Gas).

Es kommt erschwerend hinzu, dass CDU, SPD, FDP und Grüne es für richtig hielten, die Erdgasförderung durch Fracking in Deutschland zu verbieten. Ministerin Reiche kann sich eine Lockerung des Fracking-Verbots vorstellen. Doch der Kanzler geht auf Distanz. Er will es mit Finanzminister Klingbeil nicht verderben, der sich – wie die SPD insgesamt – gegen Fracking ausgesprochen hat. Der Wahlkreis von Lars Klingbeil (Heidekreis) liegt in einem Gebiet vielversprechender Schiefergasvorkommen.

Nun bekommt die Ministerin starke Unterstützung durch ein von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Auftrag gegebenes Gutachten des ehemaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Prof. Hans-Joachim Kümpel. Dieses Gutachten, das man hier runterladen kann, kommt zum Ergebnis, dass

- die Technik der Förderung des Schiefergases aus mehr als 1.000 m Tiefe eine Gefährdung des Grundwassers (bis zu 100 m Tiefe) ausschließt
- das Erdbebenrisiko beim Fracking um ein Vielfaches niedriger ist als

bei der herkömmlichen Erdgasförderung

- Deutschland eine förderbare Gesamtmenge von 1.000 Milliarden Kubikmeter aufweist, was einer Förderdauer von 50 Jahren bei einer jährlichen Fördermenge von 20 Milliarden Kubikmeter entspricht.
- deutlich kostengünstiger wäre als der heutige Weltmarktpreis.

Die Studie ist für jeden energiepolitisch Interessierten ein must-read.

Droht ein Erdgas-Lieferstopp wegen der EU-Methanverordnung?

Die EU hat eine Verordnung erlassen, wonach ab 1.1.2027 der Methanausstoß bei der Förderung, der Verarbeitung und dem Transport von Rohöl und Erdgas aus Klimaschutzgründen zu reduzieren ist. Und das soll nicht nur in Europa, sondern auch in den außereuropäischen Förderländern gelten.

Die strengen Regeln gelten für Importeure, die nachweisen sollen, dass in den Förderländern diese neuen EU-Standards erfüllt sind. Während Importeure wie SEFE, Uniper und Shell davor warnen, dass „ein erheblicher Teil der weltweiten Gasversorgung de facto nicht konform sein wird“ und es zu erheblichen Lieferengpässen kommen könnte, will die EU ihre Verordnung mit horrenden Strafzahlungen von bis zu 20 Prozent des Jahresumsatzes durchsetzen. Am 24. Juni haben nun die USA, Katar, Nigeria und Algerien in einem gemeinsamen Brief an die EU-Kommission Änderungen der Importregeln verlangt, anderenfalls Europa massive Versorgungsrisiken mitten im Januar 2027 eingehen werde. Immerhin sind 43 % des Erdgasverbrauchs in Europa betroffen. Der US-Energieminister Chris Wright nannte die Regeln „crazy“. Die USA seien bereit, Europa zu versorgen, aber nicht zu diesen Bedingungen.

Ministerin Reiche hat sich richtigerweise bei der EU für ein Aussetzen der Verordnung ausgesprochen. Ihr SPD-Kollege, Umweltminister Schneider, hat sich im Namen der Bundesregierung für die Beibehaltung der EU-Verordnung ausgesprochen und hat seine Ministerkollegin für ihre Initiative öffentlich gerügt.

Wenn wir im Januar 2027 Versorgungsprobleme bekommen werden, wissen wir, bei wem wir uns zu bedanken haben. Bei einem sturköpfigen Umweltminister und einem Kanzler, der die SPD-Eskapaden laufen läßt.